

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 324.11 / 02.07.2012

Nur ein ausnahmeloser Nichtrauchererschutz ist wirksam – Grüne werden sich für eine Änderung des Nichtrauchererschutzgesetzes einsetzen

Zur Veröffentlichung der Studien des Deutschen Krebsforschungszentrums zur Umsetzung des Nichtrauchererschutzes in Schleswig-Holstein erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Marret Bohn**:

Nur ein ausnahmeloser Nichtrauchererschutz ist wirksam. Das haben Grüne in Schleswig-Holstein schon immer vertreten. Das belegen auch die heute präsentierten Ergebnisse des Deutschen Krebsforschungsinstitutes. Es gibt unzählige Probleme bei der Umsetzung des Nichtrauchererschutzes in Schleswig-Holstein. Deshalb werden wir Grüne uns dafür einsetzen, dass die Ausnahmeregelungen gestrichen werden. Nichtrauchererschutz ist für uns Gesundheitsschutz, und Gesundheit geht vor. Ein ausnahmeloses Rauchverbot ist einfach, transparent und leicht zu kontrollieren. Bayern, Nordrhein-Westfalen und viele europäische Nachbarn haben damit gute Erfahrungen gemacht. Nach Erkenntnissen des Deutschen Krebsforschungszentrums sind in Bayern die Umsätze in der Gastronomie gestiegen – auch in der Schankwirtschaft. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung unterstützten eine rauchfreie Gastronomie: Tendenz steigend, auch unter RaucherInnen.

Kiel liegt im Vergleich der Landeshauptstädte bei der Umsetzung des Rauchverbotes auf dem vorletzten Platz. In kleineren Städten wie Neustadt oder Elmshorn sieht es noch schlechter aus. Nur 60 Prozent der Gaststätten sind rauchfrei. Lediglich 13 Prozent der Raucherräume und 35 Prozent der Rauchergaststätten entsprechen den gesetzlichen Vorgaben. Das Krebsforschungsinstitut kommt zu dem Schluss, dass der Nichtraucherschutz in Schleswig-Holstein gescheitert ist und empfiehlt das bayrische Gesetz zu übernehmen. Die Fakten sind also klar. Jetzt muss die Politik handeln. Wir Grüne werden unseren Beitrag dazu leisten.
